

## Gut für's Klima: sozial gerechter Umbau

DIE LINKE. im Europaparlament zum "Just Transition Fund" (JTF)



### **Worum es geht**

Ein „gerechter Übergang“ (just transition) kann als der politisch erwünschte Übergang zu einer sozial ausgewogenen, umweltfreundlichen Wirtschaft definiert werden, der für das Überleben unseres Planeten und für das Erreichen des Ziels der Klimaneutralität unerlässlich ist, ohne dass dabei jemand auf der Strecke bleibt. Der neue Strukturfonds „Just Transition Fund“ richtet sich in erster Linie an die Regionen, die am stärksten von Kohle und (fossilen) energieintensiven Industrien abhängig sind.

Als soziale und ökologische Kraft im Europaparlament legt die Linksfraktion GUE/NGL besonderen Wert darauf, dass die dringende ökologische Umstrukturierung sozial gerecht und inklusiv ist. Die sozial-ökologische

Umstrukturierung darf nicht wegen der COVID19-Krise verschoben werden. Im Gegenteil, sie muss das Leitprinzip für alle Politikbereiche und Wiederaufbaumaßnahmen sein. #NoRegionLeftBehind.

„Gerechter Übergang“ ist mehr als nur ein neuer Fonds. Es muss ein horizontaler Ansatz der EU-Politik sein. Soziale und ökologische Rechte, das Wohlergehen der Bürger\*innen und Zugang zu nachhaltigen Lebensgrundlagen in den Regionen, die am stärksten von Klimawandel und klimagerechtem Umbau betroffen sind, sollen dabei in Einklang gebracht werden mit einer radikalen, systemischen und letztendlich globalen Revolution unserer Art der Produktion, des Konsums und der Verteilung.

## **Die Rolle der EU**

Die Europäische Union hat sich auf die Klimaziele des Pariser Abkommens von 2015 verpflichtet. Der Green Deal Vorschlag der EU-Kommission bekräftigt das Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral zu werden und schlägt vor, ehrgeizigere Zwischenziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen in das neue EU - Klimagesetz einzufügen.

Der Kohleausstieg und die Umstellung energieintensiver Industrien, die auf fossile Brennstoffe angewiesen sind, sind wichtige Elemente zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele. Der Fonds für

gerechten Übergang sollte ein Instrument zur Unterstützung der Regionen, Gemeinden, lokalen Gemeinschaften und Arbeitnehmer werden, die von diesem Umbau betroffen sind. Er ist eingebettet in das bewährte System der EU-Strukturfonds. Das bedeutet, es gibt viele Parallelen in seiner Funktionsweise. Er soll jedoch dazu beitragen, Probleme zu lösen, die nicht in allen Mitgliedstaaten und Regionen gleich ausgeprägt sind. Spezifische Regelungen sind daher notwendig und gerechtfertigt.

In diesen Zusammenhang stellen wir linke Anforderungen an den neuen Fonds.

## **Umweltgerechter**



Die klimapolitischen Ziele der EU reichen nicht aus. Eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 70% bis 2030 ist nötig, um das erforderliche 1,5°C-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, und der JTF sollte sich ebenfalls darauf verpflichten. Das Ziel der EU-Klimaneutralität sollte bis 2040 erreicht sein.

Um das Grundprinzip der europäischen Solidarität zu wahren, sollte der Zugang zu diesem Fonds insofern eingeschränkt und die nationale Zuteilung für diejenigen Mitgliedstaaten teilweise ausgesetzt werden, die sich noch nicht verpflichtet haben, bis spätestens 2050 ein nationales klimaneutrales Ziel zu erreichen. Mitgliedstaaten, die sich in ihren nationalen Klima- und Energieplänen verpflichtet haben, die Zeitpläne für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bis 2030 einzuhalten, sollten für ihre Ambitionen belohnt werden.

Das „Verursacher-Prinzip“ bezieht sich auf die Verantwortung der Verursacher von Schäden für deren Behebung: Wer den Dreck macht, muss aufräumen. Unternehmen sind also verpflichtet, ihre ehemaligen Geschäfts- und Produktionsstätten zu dekontaminieren und zu regenerieren. Nur, wenn dies nicht möglich ist, sollte die öffentliche Hand finanziell einspringen müssen.

## Sozial gerechter



Der JTF muss sich den Herausforderungen des Übergangs zur Klimaneutralität stellen und sich auf die individuellen Bedürfnisse und das soziale Wohlergehen konzentrieren. Der Nutzen des Fonds muss greifbar und vor Ort sichtbar sein, die menschliche und soziale Dimension stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Kohlenstoffintensive Regionen weisen häufig sehr hohe Arbeitslosenquoten auf. Wichtig ist daher, Ausbildung, Umschulung und Verbesserung der Fähigkeiten für menschenwürdige, moderne und umweltfreundliche Arbeitsplätze zu unterstützen.

Alle JTF-Investitionen müssen mit den Anforderungen des Sozial- und Umweltschutzes vereinbar sein und den Förderkriterien der neuen EU-Verordnung über nachhaltige Investitionen (Taxonomie-VO) entsprechen. Bei der Planung der Investitionen sollte ein lokal gesteuerter, eigenverantwortlicher Ansatz gelten. Genau wie die Kohäsionspolitik insgesamt müssen der JTF und seine Investitionen der sozialen Säule und dem EU Green Deal sowie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung verpflichtet sein.

Die JTF sollte Maßnahmen zugunsten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur

unterstützen. Denn die müssen mit die mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten, die Gemeinschaft und die Solidarität in Bereichen wie Gesundheitswesen, Wohnen, Sozialschutz und Energieeffizienz stärken können.

Neben der physischen Infrastruktur müssen Kommunalverwaltungen und Interessengruppen gestärkt, bei der Aufstellung ihrer Projekte und bei der Nutzung des Fonds unterstützt werden.

Die Grundversorgung mit Energie wollen wir als Grundrecht im EU-Klimagesetz verankert sehen. Der JTF sollte Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut voranbringen, beispielweise durch Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Energieeffizienz in Gebäuden mit Schwerpunkt der Hilfe für Haushalte mit niedrigem Einkommen und der Stärkung der Rolle von Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften in den betroffenen Regionen und Gemeinden.

Wir fordern die Förderung des öffentlichen Eigentums an Versorgungsunternehmen, um einen fairen Übergang für Arbeitnehmer und Verbraucher zu gewährleisten.

## ***Gerechte Energiewende***

Wir wollen den EU-weiten Kohleausstieg bis spätestens 2030. Negative Folgen für Kohleregionen und Regionen, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind, können durch diesen speziell geschaffenen Fonds und die anderen EU-Strukturfonds gemindert werden. Die JTF sollte zunächst für diese Regionen da sein und kann später erweitert werden.

Wir wollen die Nutzung fossiler Brennstoffe (einschließlich Öl und Gas) schrittweise vollends beendet sehen und stattdessen die Förderung nur nachhaltiger erneuerbarer Energien. Wie beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) setzen wir uns dafür ein, dass der JTF keine Mittel für fossile Brennstoffe oder verwandte Infrastrukturen bereitstellt, einschließlich deren Transport, Gewinnung, Produktion, Verarbeitung, Verteilung, Lagerung oder Verbrennung. Dies bedeutet auch, dass der JTF keine Maßnahmen im Zusammenhang mit der Eröffnung neuer Minen oder dem Bau neuer Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen im Austausch gegen veraltete finanziert.

## ***Gerecht vor Ort***

Wir halten es für richtig, dass der JTF unter die Dach-Verordnung der Kohäsionspolitik (CPR) fällt, da auf deren Grundlage die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die Sozial- und Umweltpartner durch das Partnerschaftsprinzip in den Prozess einbezogen werden.

Doch nach den Vorstellungen der EU-Kommission scheint die Rolle der nationalen Regierungen zu Lasten der

Wasserstoff als Speichermedium für überschüssigen erneuerbaren Strom ist willkommen, wenn es sich um sauberen Wasserstoff handelt: Wasserstoff aus Kohle oder Kernkraft nicht. Um beispielsweise genügend sauberen Wasserstoff für die Stahlproduktion zu erzeugen, ist ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien unter striktem Ausschluss der Kernenergie erforderlich.

Das Risiko von Mitnahmeeffekten muss vermieden werden. Industrieunternehmen, die Unterstützung aus dem JTF oder anderen EU-Programmen für ihre Umstellung auf nicht fossile Brennstoffe erhalten, sollen ihren Überschuss an Emissionszertifikaten nicht verkaufen dürfen, um Gewinne zu erzielen.

Gemeinsame EU-Großprojekte, die den Zielen der Umwelt- und Sozialschutzziele zuwiderlaufen, können nicht im gemeinsamen Interesse liegen und sollten daher keine EU-Mittel erhalten.

lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu gehen. Deshalb fordern wir einen JTF, bei dem Regionen, Kommunen und Beschäftigte am Steuer stehen. Dies bedeutet, dass der Prozess der Entwicklung der Pläne für einen gerechten Übergang gemeinschaftsorientiert sein und eine sinnvolle Konsultation aller relevanten Sozialpartner beinhalten muss.

### **Finanzierungsgerecht**

Zur Erreichung der gesetzten Ziele sind angemessene finanzielle Mittel erforderlich. Die von der Kommission ursprünglich vorgeschlagenen 7,5 Mrd. EUR bleiben weit hinter dem erforderlichen Betrag zurück.

In jedem Fall muss der Fonds für den gerechten Übergang höhere zusätzliche Mittel erhalten, damit die ehrgeizigen Ziele erreicht werden können. Die Zuschüsse aus dem JTF sollten unabhängig von und zusätzlich zu den bisherigen EU-Struktur- und Investitionsfonds zugänglich sein.

Die bewährten EU-Strukturfonds sind zu Recht auch auf eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung ausgerichtet. Die JTF kann sie gut ergänzen. Eine gemeinsame Projektfinanzierung ist wünschenswert. Die Finanzierung des neuen Fonds darf jedoch nicht auf Kosten der bisherigen und künftigen Kohäsionspolitik gehen. Eine obligatorische Übertragung von Mitteln aus dem EFRE oder dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wäre falsch. Um den von der Kommission vorgeschlagenen Mindestbetrag zu erreichen, muss die neue Haushaltslinie für den JTF auf mindestens 30 Mrd. EUR (7,5 + 7,5 x 3) erhöht werden.

Kohäsionspolitik ist für alle da. Die soziol-ökologische Umstrukturierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft betrifft uns alle. Grundsätzlich kann der JTF in allen Mitgliedstaaten eingesetzt werden, sollte jedoch in erster Linie Regionen mit

spezifischen Merkmalen unterstützen. Es ist daher gerechtfertigt, dass die Verteilung der Mittel zunächst auf Kohleregionen ausgerichtet sein sollte und solche, die auf einen hohen Verbrauch fossiler Brennstoffe angewiesen sind.

Die Lockerung der europäischen Regeln für staatliche Beihilfen und der Sparpolitik, die während der COVID19-Krise vorübergehend erfolgt, sollten beibehalten werden, wo sie einen positiven Beitrag zum Zusammenhalt, zur sozial-ökologischen Umstrukturierung der Industriepolitik und zu einem tatsächlichen sozialen Green Deal leisten.

Den neuen Vorschlag der EU-Kommission vom 27.5.2020, in der kommenden 7jährigen Förderperiode nun 40Mrd. EUR statt 7,5Mrd. Euro für den JTF einzusetzen, begrüßen wir. Unsere Bewertung weiterer Ergänzungsvorschläge zum JTF werden von den hier skizzierten Positionen abhängen.







**MdEP Martina Michels** ist Koordinatorin der GUE/NGL-Fraktion im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI). Als Schattenberichterstatterin in diesem für das JTF-Dossier federführenden Ausschuss verhandelt sie hier hauptverantwortlich für die Linksfraktion.

*Dank für die Zusammenarbeit am Thema gilt allen MdEP und Kolleg\*innen in der GUE/NGL, jedoch besonders den Abgeordneten Cornelia Ernst (Ausschuss für Industrie und Energie ITRE aktiv) und Dimitris Papadimoulis (Haushaltsausschuss BUDG) und ihren Büros für ihre Beiträge zu diesem Positionspapier.*

Büro Brüssel:  
Europäisches Parlament  
WIB 03M033  
Rue Wiertz 60  
B-1047 Brüssel  
Tel: +32 228 45834  
Fax: +32 228 49834  
[martina.michels@ep.europa.eu](mailto:martina.michels@ep.europa.eu)  
[www.martina-michels.de](http://www.martina-michels.de)

Büro Berlin:  
Europabüro Martina Michels, MdEP (DIE LINKE)  
Unter den Linden 50  
D-10117 Berlin  
Tel: +49 30 227 71406  
Fax: +49 30 227 76819  
[europabuero.dielinke@bundestag.de](mailto:europabuero.dielinke@bundestag.de)

DIE LINKE. im Europaparlament:  
[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)  
GUE/NGL Fraktion im Europäischen  
Parlament:  
[www.guengl.eu](http://www.guengl.eu)

Stand: 27. Mai 2020  
Redaktion:  
Martina Michels, Nora Schüttpelz  
V.i.S.d.P. Martina Michels, MdEP